

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 87. Ratssitzung vom 22. Januar 2020

2132. 2019/108

Postulat von Markus Baumann (GLP) und Marco Geissbühler (SP) vom 20.03.2019:

Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Bereich der Beratung von Sexarbeitenden bei der Einführung von digitalen Angeboten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Baumann (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1045/2019): *Die Digitalisierung führt auch im Sexgewerbe zu Herausforderungen und Umwälzungen. Die Kontaktaufnahme zwischen Sexarbeitenden und Freien erfolgt heute in der Regel online. Es ist ein Bereich, der am Wachsen ist. Wir haben uns mit NGOs ausgetauscht. Sie haben es auf dem Radar, wissen aber noch nicht genau, was es wirklich braucht. Nichtsdestotrotz: Salons sind mittlerweile über die gesamte Stadt verteilt, immer öfters auch in Privatwohnungen. Ich habe mich auch mit dem Gewerbe ausgetauscht, etwa an der Ecke Langstrasse/Europaallee, und gehört, dass neuerdings auch die neu entstandenen Hotels zweckentfremdet werden. Man hat dann sozusagen Tagessalons. Die Kontaktaufnahme funktioniert in der Regel digital. Diese Umwälzungen erschweren die Arbeit der NGOs, welche mit den Sexarbeitenden zusammenarbeiten und diese beraten. Insbesondere sind die aufsuchende Sozialarbeit und auch die Prävention herausfordernd. Es ist unter diesen Bedingungen schwer, die Zielgruppen zu erreichen. Für uns ist aber auch klar, dass das digitale Angebot vor allem als ein hybrider Ansatz funktionieren soll, indem es persönliche Beratung mit zeitgemässen technischen Möglichkeiten kombiniert, zum Beispiel über Apps, Online-Beratung, e-street-work, Online-Kontaktaufnahme und Chatrooms. Innovative Kooperationsprojekte an der Schnittstelle zwischen dem sozialen und technischen Sektor sollten unterstützend wirken. Uns ist bewusst, dass die Beratung meistens eine 1:1-Beratung ist, in der man sich persönlich gegenübersteht. Nichtsdestotrotz sollte die Kontaktaufnahme über digitale Kanäle vereinfacht werden. Das Postulat zielt vor allem auch darauf ab, dass man sich für die zukünftige Kontraktperiode bewusst wird, dass wir es mit einer Veränderung zu tun haben und der Stadtrat einen Auftrag erhält, Lösungen im Kontraktmanagement zusammen mit den unterschiedlichsten NGOs bereitzustellen. In diesem Fall bedeutet das, Ressourcen und insbesondere finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Grundsätzlich würde es uns freuen, wenn man eine ähnliche oder gleiche Lösung für die verschiedensten NGOs hätte. Wir sind uns aber bewusst, dass dies so zurzeit wohl noch nicht möglich ist. Weil man im Gewerbe so grosse Veränderungen hat und sehr schnelllebige Situationen und Veränderungen antrifft, bitten wir den Stadtrat, die Möglichkeit einer digitalen Unterstützung zu prüfen und wenn möglich für die nächste Kontraktperiode entsprechend Ressourcen zur Verfügung zu stellen.*

Johann Widmer (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 10. April 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Das Postulat ist eine Mogelpackung. Ich bin überrascht, für welchen Schwachsinn das Wort Digitalisierung herhalten muss. Es herrscht ein richtiger Digitalisierungswahn. Jedes Problem muss digital gelöst werden, koste es, was es wolle. Die virtuelle Organisation der Prostitution – so steht es im Artikel – ist offenbar schon State of the Art. Nun fordert man auch noch eine virtuelle Betreuung. Man könnte stattdessen auch gleich virtuelle Prostituierte fordern. Das könnten wir bei der OIZ sauber aufsetzen. Es würde zwar Geld kosten, man hätte aber wohl zahlreiche Probleme auf einen Schlag gelöst. Solche Digitalisierungsansätze wie im Postulat kosten sehr viel Geld und führen dazu, dass der menschliche Kontakt abnimmt. NGOs sind Vereine. Ich verstehe nicht, warum man diese nicht auch so nennen kann. Sie sollen privat sein und das Problem auch privat lösen, wenn sie es für ein Problem halten. Ich sehe nicht ein, warum der Staat einem Verein sagen soll, wie er sich organisieren soll. Es ist ein Fressen für unsere Sozialindustrie, die dadurch Folgeaufträge erhält. Ich glaube auch den Verheissungen nicht, dass der menschliche Kontakt trotzdem noch wichtig sei. Aufgrund der hohen Kosten und dem Unsinn des Anliegens lehnen wir das Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Ezgi Akyol (AL): Das Thema wurde in der Kommission ausgiebig diskutiert, weil es ein Bedürfnis einiger Parteien war, darüber zu sprechen, und nicht, weil es das Bedürfnis von NGOs gewesen wäre. Von jenen wurde im Gegenteil sogar eher gemeldet, dass sie momentan noch keinen Bedarf sehen. Isla Victoria macht e-streetwork für Transmenschen. Sie haben in der Kommission gesagt, dass es oft um komplexe Fragestellungen geht und es heikel sein kann, diese online in einem Chat ohne ÜbersetzerInnen niederschwellig zu beantworten. Ausserdem müsste auch sichergestellt werden, dass rasch eine Antwort erfolge. Sowohl die Fachstelle Frauenhandel und Migration (FIZ) als auch Isla Victoria haben darauf aufmerksam gemacht, dass ihre Zielgruppen oft nicht über einen Computerzugang verfügen. Die FIZ betreibt ausserdem keine aufsuchende Sozialarbeit. Die Sexarbeit ist möglicherweise ungebunden, aber der Ort der FIZ ist bekannt. Gerade bei sogenannten Pop-up-Salons macht es Sinn, wenn die Sexarbeitenden wissen, dass es einen fixen Ort gibt, den sie aufsuchen können. Der Hauptgrund für meine Bedenken ist jedoch ein anderer: Es gibt in diesem Bereich bereits zahlreiche Bestrebungen. Das schweizweite Netzwerk Prokoré, zu dem auch die FIZ, Flora Dora und Isla Victoria gehören, hat sich dem Thema schon lange angenommen. Dadurch ist zum Beispiel die App Lexi entstanden, eine App für Sexarbeitende mit Infos zu Arbeitssicherheit und Gesundheit. In diesem Netzwerk wird auch schon lange über ein gemeinsames Projekt zu Online-Beratungstools gesprochen. Warum SP und GLP nun derart vorpreschen wollen, erschliesst sich mir nicht. Nichtsdestotrotz unterstützen wir das Postulat, weil wir allfälligen Entwicklungen natürlich nicht im Weg stehen wollen. Für uns ist aber wichtig, dass das digitale Angebot ergänzend ist und die persönliche Beratung auf keinen Fall ersetzen darf, und dass nicht einfach irgendwelche Angebote entstehen, nur weil die Politik das so möchte.

Marco Geissbühler (SP): Sexarbeit gehört zur gesellschaftlichen Lebensrealität in der Stadt. In Zürich ist das nicht anders. Sexarbeit ist aber keine Arbeit wie jede andere. Sie befindet sich in einem Spannungsfeld von Tabuisierung, Stigmatisierung, Ausgrenzung, Gewalt, Ausbeutung, Prekarisierung und Übergriffen. Es ist in allen Berufen wichtig, dass jene, die ihn ausüben, über ihre Rechte und Möglichkeiten Bescheid wissen, informiert sind und wissen, wo sie die Informationen und Unterstützung erhalten. Sie müssen wissen, wie sie ihre Rechte und Anliegen durchsetzen können. In einem Beruf wie der Sexarbeit ist das besonders wichtig. Üblicherweise funktioniert eine solche Information über die gewerkschaftliche Selbstorganisation. Gerade in der Sexarbeit funktioniert das leider nicht. Das hat mit der juristischen und gesellschaftlichen Stigmatisierung des Berufs zu tun und mit dem Umstand, dass Sexarbeitende oft nicht länger als einige Monate am gleichen Ort arbeiten. Darum ist die Stadt hier gefordert, in die Bresche zu springen. Die Stadt hat zusammen mit den bereits genannten NGOs ein breites Beratungsangebot aufgebaut. Dass das Angebot an sich wichtig und richtig ist, dürfte im Rat unbestritten sein. Wir waren uns in der Sozialkommission noch nie uneinig über die Unterstützung an sich, sondern nur über die Höhe der Beiträge. Auch dass sich das Gewerbe aufgrund der digitalen Entwicklungen stark verändert hat, war aus meiner Sicht in der Kommission bisher immer unbestritten, bis Johann Widmer (SVP) dazukam. Es ist gemäss meinem Informationsstand auch bei den NGOs unbestritten, dass ein Interesse vorhanden ist. Jene, mit denen ich gesprochen habe, sagten, dass grosses Interesse und eine grosse Bereitschaft vorhanden seien, auf die Veränderungen zu reagieren, das Angebot entsprechend anzupassen, und dass auch bereits Ideen da wären. Das Projekt e-streetwork von Isla Victoria wurde bereits erwähnt. Aufsuchende Sozialarbeit findet nicht mehr unbedingt auf der Strasse statt. Die Kontaktaufnahme findet auch im virtuellen Raum in den Chafforen statt. Falls sich bei e-streetwork aus den Kontakten ein Beratungsgespräch ergibt, findet dieses dann aber nicht mehr im virtuellen Raum statt, sondern bei Isla Victoria vor Ort. Uns geht es nicht darum, die Menschen in der Sozialarbeit zu ersetzen. Im Gegenteil: Es geht uns darum, die technischen Möglichkeiten zur Verfügung zu stellen, damit diese Menschen umso besser wirken können. Der Wille und die Ideen bei den NGOs wären da. Was im Moment noch fehlt, sind die finanziellen Mittel, um solche Projekte auf- und auszubauen. Deshalb schreiben wir im Postulat explizit, dass es die entsprechenden Ressourcen braucht. Die Stadt ist gefordert, hier die Weichen für die Zukunft zu stellen. Wir hoffen, dass die Stadt und die NGOs zusammen eine Gesamtstrategie entwickeln können, die auf den Erfahrungen und dem Wissen der NGOs aufbaut, jenen Leuten, die an der Front arbeiten. Das ist besser, als wenn wir nun über Jahre hinweg bei jeder Beitragsweisung in der Kommission etwas basteln, sodass am Schluss ein Flickwerk entsteht und jene NGO am meisten Geld erhält, die am besten dafür lobbyiert. Es braucht eine gemeinsame, grundlegende Auslegeordnung, wo welcher Handlungsbedarf besteht und wer welche Lösung für welches Problem hat. Wir sind uns auch bewusst, dass das etwas kostet.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Auch wir werden das Postulat unterstützen. Wir haben in der Sozialkommission intensiv über diesen Bereich gesprochen, weil die Digitalisierung Realität ist und zunimmt. Auch das Dating läuft zunehmend über Online-Portale.

Wenn man die Sexarbeitenden beraten und dafür sorgen will, dass ein gewisser Gesundheitsschutz gewährleistet wird und sie zu Informationen über Rechte kommen, macht es sehr wohl Sinn, sich Gedanken zu machen, ob es auch digital eine sinnvolle Form gibt. Egal, ob man es gleich jetzt machen will oder nicht, und ob das Interesse da ist oder nicht, Tatsache ist: Die Ressourcen sind nicht vorhanden. Es braucht ein separates Projekt. Man muss gut prüfen, was Sinn macht, idealerweise zusammen mit den Ideen, die nun auch schweizweit vorhanden sind, und nicht unabhängig voneinander. Wenn wir nun Unterstützung leisten, kann man trotzdem davon ausgehen, dass die Stadt Zürich nicht separat etwas entwickeln muss. Es macht Sinn, herauszufinden, was man an sinnvollen Angeboten machen kann. Für uns ist aber auch klar: Die digitale Form kann nie ein Ersatz für die persönliche Beratung sein. Aber vielleicht gibt es dadurch einen klareren Zugang zu den Informationen, sodass am Ende mehr Personen Informationen finden. Wir unterstützen das Postulat.

Alexander Brunner (FDP): *Auch die FDP unterstützt das Postulat. Digitalisierung ist ein oft gehörtes Schlagwort. Es gibt aber neue Entwicklungen, ganz neue Geschäftsmodelle, auch wenn man teilweise noch nicht genau weiss, wo sie entstehen. Ein Beispiel wäre die neue Webseite OnlyFans. Arbeiter aus der Sexindustrie oder aus der Pornindustrie können dort eigene Kanäle betreiben. In einem Artikel aus dem «Economist» wird das gut beschrieben. Die Darsteller verdienen zwischen 10 000 und 15 000 Dollar pro Monat. Sie können sich in den eigenen Wänden positionieren, ihr eigenes Angebot machen und sie können es unter dem Schutz der Privatsphäre tun. Es ist ein Beispiel, wie durch neue digitale Kommunikationsinstrumente eine starke Digitalisierung entsteht. Das ist das, was uns heute in den Diskussionen fehlt. Wir wissen, dass es neue Trends gibt, neue Kleinsalons. Wir wissen aber nicht, was wirklich passiert. Die Haltung des Sozialdepartements wie auch der NGOs ist, dass man überlegen muss, was es ist. Das geschieht bereits heute. Es ist ein Trend, den man nun angehen muss. Möglicherweise gibt es auch positive Auswirkungen, die wir noch nicht kennen. Ein Beispiel: Man hört immer, die Sexworker hätten keinen Zugang zu Onlineplattformen. Wenn man heute an der Langstrasse vorbeigeht, haben die Damen dort alle ein Smartphone. Der erwähnte Zugang besteht somit durchaus. Vielleicht sind die neuen Formen noch nicht bekannt. Das klassische Aufsuchen vor Ort existiert auch immer noch, aber es gibt eine Verlagerung zum Digitalen. Dies sieht man auch an Beispielen wie dem Check-in am Flughafen oder dem Self-Scanning bei Coop. Die FDP unterstützt das Postulat deshalb grundsätzlich. Ich habe selber noch ein Postulat eingereicht, wo wir das fordern, was uns am meisten Bauchschmerzen bereitet: Wir haben keinen Überblick, welche neuen Angebote es gibt. Wir wissen: Beim physischen Aufsuchen ist der Vorteil, dass man vor Ort gehen und herausfinden kann, ob es Kleinsalons, einen Strassenstrich und so weiter gibt. Sobald es digital wird, wird es viel schwieriger. Es fehlt an Instrumenten. Es fehlt aber ab und zu auch an Ideen und neuen Vorgehensweisen, wie man so etwas angeht. Mein Kritikpunkt ist: Wir machen viel zu spät viel zu wenig. Wir sollten mehr tun. Es braucht ein Interesse auf Seiten der NGOs und des Sozialdepartements, sich der neuen Digitalisierung zu stellen. Wir wissen nicht, ob sie gute oder schlechte Auswirkungen hat. Vielleicht hat sie auch beides. Es gibt neue Modelle, die neue Chancen bieten. Wir unterstützen dieses Postulat, machen aber auch etwas Werbung für mein Postulat, mit*

dem wir fordern, dass sich das Sozialdepartement der neuen Welt annehmen müsste und Internet-Research betreiben sollte.

Walter Anken (SVP): Wir wissen aus anderen Weisungen, dass die Sexarbeitenden kaum online erreichbar sind. Natürlich haben sie ein Smartphone in der Hand. Aber eine Whatsapp-Mitteilung zu schreiben, bedeutet nicht automatisch, dass sie online erreichbar sind. Wir wissen aber gleichzeitig, dass diese Leute oft kaum Deutsch sprechen. Eine Online-Beratung ist dann kaum durchführbar. Es gibt keine andere Möglichkeit, als persönlich mit diesen Leuten zu sprechen. Die Frage ist auch, wie oft man sie aufklären will. Einmal oder zweimal zu erklären, was wie läuft und wo welche Anlaufstellen sind, sollte reichen.

Mathias Manz (SP): Hier verkennt Walter Anken (SVP) die Realität. Natürlich findet der Strich digital statt. Das ist eine Realität. Es sind keine Spezialplattformen, sondern normale Online-Dating-Plattformen, die teilweise auch Sexangebote und kommerzielle Sexangebote enthalten, sowohl bei Hetero-Konstellationen als auch bei gleichgeschlechtlichen. Bezüglich der erwähnten Sprachbarrieren: Möglicherweise wird man auf Englisch angeschrieben oder in jener Sprache, in der das Beratungsangebot durchgeführt wird. Das ist kein Hinderungsgrund. Ich empfehle der SVP, vertiefter zu recherchieren. Wir haben tatsächlich das Problem, diese Leute zu erreichen, sei es, um die Risikogruppen adäquat ansprechen zu können, oder sei es, weil sich immer mehr der Sexangebote im digitalen Raum bewegen. Wir haben dort noch keine adäquate Lösung. Das hat uns auch einmal eine Vertreterin des GUD aufgezeigt. Sie suchen wirklich einen Weg, wie man beispielsweise bei Chemsex vorgehen kann, und wie man die vulnerablen Personen besser ansprechen kann. Hier fehlt es immer noch an Grundlagenwissen und am richtigen Vorgehen. Ich bin froh, dass zum Beispiel Isla Victoria versucht, mit e-streetwork einen neuen Ansatz zu starten und wir dies aufgreifen können.

Johann Widmer (SVP): Die Betroffenen wollen und brauchen dies offenbar nicht. Kenner der Szene konnten glaubhaft machen, dass es so ist, wie ich gesagt habe: Die Betroffenen sind bereits digital vernetzt. Aus meiner Sicht sucht man krampfhaft nach einem Bereich, in dem man wieder Geld ausgeben kann. Die FDP hat sogar bestätigt, dass es ein grosses Geschäft wäre. In diesem Fall sollten sich Private darum kümmern, nicht der Staat. Wir können das Postulat nicht ernst nehmen und bleiben beim Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Selbstverständlich ist die Digitalisierung als Herausforderung auch in jenem Bereich ein Thema. Das Sozialdepartement befasst sich mit sehr vielen Themen der Digitalisierung und erprobt einiges, was im Bereich der Digitalisierung von Beratungsangeboten liegt. Aus diesem Grund sind wir auch bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Allerdings – und das muss ich betonen, in der Hoffnung, dass nicht jedes Mal noch ein neuer Vorstoss zu dieser Thematik kommt –, lautet die Antwort auf Digitali-

6 / 6

sierung nicht immer auch Digitalisierung. Es ist etwas anderes, ob man ein Beratungsangebot durchführt, ein Flugticket bucht oder sich für eine Wohnung eintragen will. Es sind unterschiedliche Themen. Deshalb wurde zu Recht gesagt, dass die Offline-Beratung nach wie vor unser Kerngeschäft bleibt. Aber wir bleiben am Thema dran. Aus diesem Grund sind wir auch bereit, uns im Rahmen des Postulats nochmals ausführlicher mit der Thematik zu befassen.

Das Postulat wird mit 94 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat